Schweizerisches Bundesblatt.

Jahrgang III. Band III.

Nro. 54.

Samstag, den 18. Oktober 1851.

Man abonniert ausschließlich beim nächstgelegenen Postamt. Preis für das Jahr 1851 im ganzen Umfange der Schweiz portofrei Frk. 3. Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden. Gebühr 1 Batzen per Zeile oder deren Raum.

Bericht

über

den zwischen dem Königreich Sardinien und der schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossenen Handelsvertrag, aberstattet von der zur Prüfung befraglichen Vertrags niedergesetzten Nationalrathskommission.

(Im Juli 1851.)

Tit.

Da die von der Regierung des Königreichs Sardinien entfaltete Politik im Gebiete des Handels und allgemeinen Verkehrs sich in jüngster Zeit auf sehr freisinnige Weise umgestaltete, so benutzten die beiden Regierungen von Großbritannien und Belgien diese Umgestaltung und schlossen mit Sardinien im Laufe dieses Jahres sehr vortheilhafte, die Interessen dieser Staaten sehr fördernde Handelsverträge

ab. Wenn es nun dem kleinen wesentlich entfernten Belgien glückte, mit Sardinien in so nuzbringende Handelsverbindungen zu treten, so sollte die Schweiz hiefür um so mehr Ausichten haben, da der Verkehr zwischen der Schweiz und Sardinien ein weitaus umfangreicherer ist, als zwischen Sardinien und Belgien und die erstern beiden Staaten schon seit 1815 und früher verschiedene auf Niederlassung und andere Punkte bezügliche Verträge mit einander abgeschlossen hatten und die gleichartigen Interessen benannter Staaten gegenseitig es sich zur Pflicht machen sollten, in freundschaftlichen Beziehungen zu einander zu stehen. Der hohe Bundesrath ermangelte nicht, dem Wunsche verschiedener Kantonsregierungen, mit Sardinien Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft einen Handelsvertrag abzuschließen, mit aller Beförderung Rechnung zu tragen, und es bezeichneter Hoherdieselbe den Herrn Nationalrath Bischoff und den schweizerischen Handelskonsul, Herrn Mürset in Turin, um zu diesem Behufe mit der Regierung von Sardinien sofort in Unterhandlung zu treten, welsch' benannten Herren Abgeordneten es denn auch gelungen ist, unter gegenseitigem Ratifikationsvorbehalt, Namens der Eidgenossenschaft mit Sardinien einen Handelsvertrag abzuschließen, der den kommerziellen und auch den agrifolen Interessen beider Länder auf höchst geeignete Weise entspricht und wodurch die Schweiz auf die Linie der am meisten begünstigten Staaten gestellt wird. Durch die umsichtige Leitung dieser wichtigen Angelegenheit haben die beiden Herren Abgeordneten den Dank des Landes in hohem Maße sich erworben.

Nach diesem gedrängten einleitenden Worte gibt sich nun die berichtgebende Kommission im Weitern die Ehre, den in Frage liegenden Vertrag, namentlich in den einzelnen Theilen, zu besuchten.

Der Art. 1 des in Frage liegenden Vertrags behandelt die freie Niederlassung der beidseitigen Staatsangehörigen. Viele schweizerische Kantone huldigten in dieser Beziehung schon vor der neuen Bundesverfassung freisinnigen Grundsätzen, und warum sollte die Schweiz im Jahr 1851 sich scheuen, mit Sardinien in ein gegenseitiges vernünftiges Verhältniß zu treten, da ja mit Frankreich, das der Schweiz gar keine kommerziellen Vortheile einräumt, diese Zustände schon längst geregelt sind. Angesichts des Punktes, daß ungefähr 70,000 Schweizer im Auslande und zwar bekanntlich in allen Theilen der Erde ihr Auskommen suchen, müßte ja die Schweiz ganz beschämt dastehen, wenn sie in diesem Punkte engherzigen Vorurtheilen huldigen wollte, und wenn auch vielleicht einzelne an Sardinien anstoßende Kantone mit sardinischen Staatsangehörigen überschwemmt und daraus verschiedene Befürchtungen für benannte Kantone hergeleitet werden möchten, so haben diese Kantone nur von den in §. 41 der Bundesverfassung liegenden Bestimmungen Gebrauch zu machen, um vor Nachtheilen dieser oder jener Art bewahrt zu werden.

Der Art. 2 handelt über die Befreiung vom Militärdienst. Die in diesem Artikel liegenden Bestimmungen sind den Staatsangehörigen beider Staaten gleich nutzbringend und auch der Sache angemessen.

Der Art. 3 handelt über Heimathlosigkeit und Bagan-ten. Da die Schweiz mit höchst umfangreichen Opfern erst unter der gegenwärtigen Bundesverfassung zur vollständigen Beseitigung der Heimathlosigkeit gekommen ist, so ist es gewiß gut, wenn bei Abschließung von derartigen Verträgen Bestimmungen in dieselben aufgenommen werden, durch welche die Erneuerung dieses großen Uebels für alle Zukunft verhindert werden kann.

Der Art. 4 behandelt namentlich die Zugeständnisse der Schweiz in Bezug auf Einführung von Lebensmitteln in die Stadt Genf.

Faßt man hierüber den §. 8 der Bundesverfassung in Bezug auf den Grenz- und Marktverkehr in's Auge, betrachtet man mit möglichster Unbefangenheit die ganz ausnahmsweise Lage der Stadt Genf, so hätte man, ohne diesen in Frage liegenden Vertrag, an Genf diese nicht sehr umfangreichen Konzessionen mit der Zeit bewilligen müssen. Uebrigens sind unsers Wissens in Bezug auf den Grenz- und Marktverkehr die in befraglichen Verträgen enthaltenen Grundsätze, gestützt auf die vom Zolldepartemente gemachten Erfahrungen, in den Entwurf zu einem revidirten Zollgesetze im Zolltarife größtentheils aufgenommen worden. In Bezug auf die zollfreie Einfuhr von 10,000 Zentnern Wein ist nur zu bemerken, daß dieser Wein den Waadtländerweinen keine gefährliche Konkurrenz bilden wird, indem dieses Weinquantum ausschließlich in der Stadt Genf verbraucht werden dürfte. Wiegt man die Konzessionen, die die Schweiz an Sardinien macht, mit denjenigen ab, die Sardinien der Schweiz gewährt, so muß man gestehen, daß die Schweiz gegenüber von Sardinien in eine vortheilhafte Stellung kommt; büßt ja Sardinien nur auf den 30,000 Zentnern Schweizerkäse, die aus den Kantonen Valais, Waadt, Bern und der Urschweiz in Sardinien eingeführt werden, die große Summe von 75,000 Franken jährlich ein, und wird nicht die Schweiz in Bezug ihrer industriellen Produkte mit den begünstigsten Staaten ganz auf die nämliche Linie gestellt. Auch ist nicht zu übersehen, daß die sardinische Regierung von der Absicht auszugehen scheint, in nicht ferner Zukunft den Zolltarif auf's Neue zu revidiren und

sich vollständig an das Freihandelsystem anzuschließen, oder wenigstens demselben sich sehr zu nähern.

Der Art. 5 behandelt dann namentlich die schon angedeuteten, ab Seite Sardiniens der Schweiz eingeräumten Begünstigungen, durch welche namentlich die so bedeutende schweizerische Industrie in Baumwolle und Seide in Piemont Abzugsquellen findet, die ohne diesen Vertrag, was nämlich das Königreich Sardinien betrifft, vollständig versiegt wären und wodurch dem schweizerischen Handel eine sehr empfindliche Wunde versetzt worden wäre, was man um so mehr hätte beklagen müssen, da die übrigen italienischen Staaten, angetrieben von einer benachbarten Großmacht, immer mehr in ein engherziges Schutzsystem zu verfallen scheinen. Uebrigens erstrecken sich die von Sardinien gemachten Konzessionen nicht allein auf industrielle Produkte, sondern namentlich auch auf solche der Land- und Alpenwirthschaft, so daß in dieser Beziehung die Kantone sowohl, die hauptsächlich auf Industrie angewiesen sind, als diejenigen, die sich hauptsächlich auf Land- und Alpenwirthschaft gelegt haben, gleichmäßig begünstigt werden.

Der Art. 6 behandelt namentlich die Transitfreiheit über den Simplon. Dieser schon in der Wienerkongressakte zum Vorschein kommende Punkt, der schon im revidirten Zolltarif größtentheils geregelt wird, sowie die den beiden Provinzen von Chablais und Faucigny eingeräumten höchst untergeordneten Begünstigungen sind kaum der Rede werth.

Der Art. 7 handelt über die Grenzzollstätten. Durch diesen Artikel wird der Grenzverkehr auf erwünschte Weise zwischen beiden Staaten geregelt.

Der Art. 8 handelt über die Eisenbahnen. Schon vor 1848, als Oesterreich in Sardinien äußerlich und in Bezug

auf die innere Staatspolitik auf einem sehr freundschaftlichen Fuße zu einander stehenden, strebten beide Staaten dahin, eine Hauptverbindungslinie vom Mittelmeere nach dem Herzen Deutschlands und der Nord- und Ostsee zu erhalten, um dadurch einerseits Venedig und Triest und andererseits Genua zu Hauptstapfelplätzen für den Handel im Herzen von Europa zu erheben. Um nun diesen großartigen Plan zu verwirklichen, hat nun Sardinien bekanntermaßen eine Eisenbahn von Turin nach Genua erstellt, welche Bahn nun bis zum Langensee fortgesetzt werden soll. Daß Sardinien nun dringend wünscht, daß vom Langensee diese Bahn über Schweizergeliet fortgesetzt und mit den süddeutschen Bahnen in Verbindung gebracht werde, oder daß überhaupt von Sardinien aus durch die Schweiz eine Verbindungslinie nach Süddeutschland zu Stande komme, ist gewiß am Platze, und deshalb ist denn auch dieser Artikel in befraglichen Vertrag hineingekommen; es sind aber hierüber die Ausdrücke so allgemein gehalten und so unverfänglich gegeben, daß daraus für die Schweiz niemals Gefahren dieser oder jener Art entspringen können. Läßt sich irgend eine Aktiengesellschaft herbei, eine derartige Eisenbahnlinie zu übernehmen, so kann und muß dieses für die Schweiz nur erwünscht sein und durch die Art. 21 und 28 des eidgenössischen Expropriationsgesetzes sind auch hiefür die Wege einigermaßen geebnet.

Der Art. 9 verpflichtet auf wohlthätige Weise beide Staaten, gegenseitig ihre Gewerbserzeugnisse mit keinen weiteren oder höheren Gebühren zu belegen, als denjenigen, welche die am meisten begünstigte Nation für ihre Waaren und gleichartigen Produkte bei der Einfuhr zu bezahlen hat. Es steht übrigens in Aussicht, daß Sardinien seine Einfuhrzölle in der Zukunft noch mehr er-

mäßige, und daß die Schweiz an dieser nutzbringenden Veränderung ebenfalls theilhaftig werden dürfte.

Der Art. 10, handelnd über Aufstellung von Konsulaten, bedarf keiner weitern Beleuchtung und Anempfehlung.

Der Art. 11 enthält den Punkt, daß dieser Vertrag schon mit dem 11. Juli in's Leben gerufen werden soll, was auch durch eine Verfügung des hohen Bundesrathes geschehen ist, welche Verfügung wir nur billigen, indem es sehr wohl gethan war, daß durch das in Kraft treten dieses Vertrages dem sonst darnieder liegenden schweizerischen Handel und dem handeltreibenden Publikum schon mit dem 1. Juli diejenigen Wohlthaten zugesichert worden sind, in deren Besitz das handeltreibende Publikum von England und Belgien schon am 1. Juni dieses Jahres gekommen ist.

Der Art. 12 enthält nur den Akt der Ratifikation.

Zum Schlusse unsers Berichtes schreitend, müssen wir die Abschließung dieses Vertrages mit eben so großer Freudigkeit begrüßen, wie denjenigen, der im letzten Jahr mit den vereinigten Staaten von Nordamerika zu Stande gekommen ist, wobei noch hervorgehoben werden darf, daß der nachstehende Vertrag für den schweizerischen Handel von größerem Nutzen ist, als der mit Nordamerika abgeschlossene. Auch finden wir uns veranlaßt, noch auf Folgendes aufmerksam zu machen:

Während der 33jährigen Dauer des Bundes von 1815 ist den Vororten und der Tagsatzung nie oder nur höchst selten gelungen, auch nur einen einzigen wahrhaft nutzbringenden Handelsvertrag mit kleineren und größeren Staaten zum Abschlusse zu bringen, gegentheils wurde ja im Jahr 1844 die Schweiz von Belgien lachend mit den Worten abgewiesen: „die Schweiz gewährt uns ja Alles,

für was sollen wir ihr Konzessionen machen, trotzdem daß die Schweiz alljährlich von Belgien für viele Millionen Franken Waaren bezieht;“ und welche Figur die 10 Kantonsabgeordneten machten, die im Frühjahr 1847 nach Wien pilgerten, um mit Oesterreich Postverträge abzuschließen, ist Jedermann bekannt. Diese Vergleichen und dasjenige, was unter der gegenwärtigen Bundesverfassung und den gegenwärtigen Bundesbehörden angestrebt und erreicht worden ist, wirft auf dieselben ein höchst erfreuliches Licht.

Da wir finden, daß der mit Sardinien abgeschlossene Handelsvertrag in den wahren Interessen des gesammten schweizerischen Vaterlandes liege, vor welchem allgemeinen vaterländischen Interesse untergeordnete, vereinzelte, kantonale Interessen verstummen müssen; da es für das schweizerische Vaterland nur ehrenvoll ist, mit einem Nachbarstaate in freundschaftliche Verbindungen zu treten, mit einem Nachbarstaate, der so kräftig und ausdauernd auf dem Wege eines vernünftigen Fortschrittes fortwandelt; da die sardinische Deputirtenkammer mit einer an Einmuth grenzenden Mehrheit diesen Vertrag ratifizirt hat: so wünschen wir, daß ab Seite des Nationalrathes hierüber Folgendes beschlossen werde:

- 1) „Es sei der zwischen dem Königreich Sardinien und der schweizerischen Eidgenossenschaft unter dem 8. Juni 1851 abgeschlossene, in 12 Artikeln bestehende Handelsvertrag zu ratifiziren,“
- 2) „Sei die vom Bundesrath getroffene Maßregel, nach welcher die Bestimmungen des Vertrags schon mit dem 1. laufenden Monats in Kraft getreten sind, ebenfalls zu genehmigen.“

Bern, im Juli 1851.

Namens der niedergesetzten Kommission:

Jenni, Nationalrath.

Bericht über den zwischen dem Königreich Sardinien und der schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossenen Handelsvertrag, aberstattet von der zur Prüfung befraglichen Vertrags niedergesetzten Nationalrathskommission. (Im Juli 1851.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1851
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	54
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.10.1851
Date	
Data	
Seite	155-162
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 746

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.